

Menschen mit sehr hohem Unterstützungsbedarf / herausfordernden Verhalten in der Eingliederungshilfe

Der Paritätische Niedersachsen

Matthias Rosemann, Träger gGmbH Berlin-Reinickendorf

Differenzierung



TRÄGER

„hoher Unterstützungsbedarf“ kann zeitlich und fachlich gemeint sein, muss aber nicht mit besonderen Herausforderungen einhergehen.

Grobe Beschreibung



TRÄGER

- „Herausforderndes Verhalten“: sehr oft Verhalten von Menschen mit Beeinträchtigungen, das sozial unverträglich ist.
- Spanne von ruhestörendem Verhalten (z.B. Belästigung von Nachbarn und Mitbewohnenden) über andere belästigende Verhaltensweisen (in die Zimmer gehen, wegnehmen, anfassen, nicht in Ruhe lassen) über sexuell und aggressiv grenzüberschreitende Aktivitäten bis hin zu heftiger Aggression gegenüber anderen oder auch gegenüber sich selbst.
- Besonders herausfordernd wird das, wenn dieses Verhalten auch noch unberechenbar erscheint und häufig auftritt.
- Manchmal wird das Problem auch durch ein Suchtproblematik ausgelöst oder verschärft.

Problem der Unterscheidung



TRÄGER

Was ist behandlungsbedürftige Krankheit, was ist
Behinderung?

Was ist Gewohnheit, was ist Erziehungsdefizit?

Verschiedene Sichtweisen



Unter anderem von

- Mitarbeitenden,
- Angehörigen,
- Betroffenen,
- Behandelnden,
- Kostenträgern,
- rechtliche Betreuer*innen,
- Gerichten

Zuschreibungen



TRÄGER

- Menschen „haben“ eigentlich kein herausforderndes Verhalten
- Menschen stellen uns (gelegentlich, manchmal, immer wieder, andauernd) vor besondere Herausforderungen.

Folgen



- Hilflosigkeit oder Gefühle von Hilflosigkeit bei Mitarbeitenden und Einrichtungen
- Aggression oder aggressive Gegenübertragung
- Gefühl, allein gelassen zu werden

Nicht nur die Einrichtung, sondern das Hilfesystem wird vor Herausforderungen gestellt.

„Stellschrauben“



TRÄGER

- Wohnsituation, Wohn- und Lebensraumgestaltung
- Teilhabe-, Gesamt-, und Hilfeplanung
- Kooperation der beteiligten Akteure und Leistungserbringer
- Bereitschaft, sich dem Personenkreis zu stellen
- Fachliche Konzepte und Mitarbeitendengewinnung
- Finanzierungsstrukturen und Verantwortung der Kostenträger

Wohnen



Beispiele für Fragestellungen:

- Wohnraumgestaltung (Größe, Lage, etc.)
- Garten, weiche Zimmer, besondere Ausstattungen
- Gruppen oder Einzel-Appartement
- Mischung oder homogene Gruppen

Hilfeplanung



Beispiele für Fragestellungen:

- Teilhabeplanung oder Gesamtplanung
- Wie ist die Behandlung (sofern erforderlich) in die Planung einbezogen?
- Mehrere Leistungserbringer, die gemeinsam und abgestimmt tätig werden
- Umgang und Unterstützung in Krisen
- Externe Begleitung, Supervision, kollegiale Beratung

Konzepte



Beispiele für Fragestellungen:

- Wie gelingt es, Mitarbeitende für diese Herausforderungen zu gewinnen?
- Wie wird die Situation der Mitarbeitenden gewürdigt (u.a. Belastungen, Arbeitszeiten)?
- Interne Unterstützung und Begleitung
- Fortbildung und Auszeiten
- Ausreichender Personaleinsatz

Leistungsträger



Anspruch der Bürger*innen richtet sich an die Leistungsträger, nicht an die Leistungserbringer.

Die Leistungsträger sind aber auf die Leistungserbringer angewiesen.

Es muss also als gemeinsame Aufgabe verstanden und umgesetzt werden.

Handelnde Akteure



Leistungserbringer

- LE der EGH,
- LE der Behandlung (ambulant, stäqu., teilstat., stat.),
- LE der Krisenhilfe (Sozialpsych. Dienste, Krisendienste, Notfallversorgung, Rettungsstellen)

Handelnde Akteure



Kostenträger

- Träger der EGH,
- GKV, Kassenärztliche Vereinigungen (MZEB)
- Andere Kostenträger (Pflege, Arbeit etc)
- Kommunen (Krisenhilfe, SpDi)

Handelnde Akteure



Übergeordnete Ebene

- Träger der EGH (Rahmenverträge, § 95 SGB IX)
- Verbände der LE (Rahmenverträge)
- Länder

Handlungsoptionen



Leistungserbringer:

- Angemessene Konzepte entwickeln
- Interessierte Mitarbeitende gewinnen und fördern
- Bauliche Gegebenheiten so gestalten, dass sie flexibel für die Bedarfe der Menschen werden können
- Kooperation mit behandelnden Praxen und Einrichtungen entwickeln

Handlungsoptionen



Krankenversicherung / Kassenärztliche Vereinigungen:

- Zulassung von MZEBs,
- Behandlungserlaubnis von Ärzten in SpDis möglich machen.
- besondere Abteilungen in Krankenhäusern finanzieren alternativ Zuschläge für die Behandlung dieser Personengruppe finanzieren,
- StäB-Konzepte fördern und fordern.

Handlungsoptionen



Träger der EGH:

- Umsetzung Teilhabeplanung tatsächlich und besonders bei dieser Zielgruppe, nicht nur nach dem Wortlaut, sondern auch unter Einbeziehung des Sachverständes verschiedener weiterer Akteure. Das muss mit wachsender Intensität erfolgen und nicht nur einmalig für mehrere Jahre.
- Auf Schaffung geeigneter Leistungserbringer achten. § 95 SGB IX:
Die Träger der Eingliederungshilfe haben im Rahmen ihrer Leistungsverpflichtung eine personenzentrierte Leistung für Leistungsberechtigte unabhängig vom Ort der Leistungserbringung sicherzustellen (Sicherstellungsauftrag), soweit dieser Teil nichts Abweichendes bestimmt. Sie schließen hierzu Vereinbarungen mit den Leistungsanbietern nach den Vorschriften des Kapitels 8 ab. Im Rahmen der Strukturplanung sind die Erkenntnisse aus der Gesamtplanung nach Kapitel 7 zu berücksichtigen.

Handlungsoptionen



Träger der EGH:

§ 96 SGB IX:

- (1) Die Träger der Eingliederungshilfe arbeiten mit Leistungsanbietern und anderen Stellen, deren Aufgabe die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen betrifft, zusammen.
- (2) ...
- (3) Ist die Beratung und Sicherung der gleichmäßigen, gemeinsamen oder ergänzenden Erbringung von Leistungen geboten, sollen zu diesem Zweck Arbeitsgemeinschaften gebildet werden.

Handlungsoptionen



Träger und Leistungsbringer der EGH:

- Rahmenverträge verhandeln, die den Vorgaben des SGB IX gerecht werden und die Anreize setzen, sich der Menschen mit besonders herausforderndem Verhalten anzunehmen.
- Finanzielle Rahmenbedingungen setzen, die gute Angebote fördern, und dabei auf wesentliche Elemente der Qualitätsentwicklung achten.

Handlungsoptionen



Länder:

Auszüge aus § 94 SGB IX:

- (3) Die Länder haben auf flächendeckende, bedarfsdeckende, am Sozialraum orientierte und inklusiv ausgerichtete Angebote von Leistungsanbietern hinzuwirken und unterstützen die Träger der Eingliederungshilfe bei der Umsetzung ihres Sicherstellungsauftrages.
- (4) Zur Förderung und Weiterentwicklung der Strukturen der Eingliederungshilfe bildet jedes Land eine Arbeitsgemeinschaft. Die Arbeitsgemeinschaften bestehen aus Vertretern des für die Eingliederungshilfe zuständigen Ministeriums, der Träger der Eingliederungshilfe, der Leistungserbringer sowie aus Vertretern der Verbände für Menschen mit Behinderungen. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere über die Zusammensetzung und das Verfahren zu bestimmen.

Handlungsoptionen



Länder:

- Wohnteilhabegesetze auf Angemessenheit, ggf. auch Bauvorschriften überprüfen,
- In Psychiatrieplänen die erforderlichen ambulanten Behandlungsstrukturen beschreiben und eine Analyse der Handlungsoptionen vornehmen (z.B. Bedarfsplanung Kassensitze),
- Vorgaben für die Kommunen zu Krisenhilfen (SpDi, Beteiligung an Krisendiensten) entwickeln,
- Gesprächskultur fördern: Auf Landesebene? Auf TdEGH-Ebene? Auf kommunaler Ebene? Zum öffentlichen Thema machen
- Angebote für externe Beratung („Ethikkommission für besondere Grenzfälle“) im Auftrag des Landes oder des Trägers der EGH entwickeln.

Grundsätzliches



TRÄGER

Keiner kann es allein, die Lösungen können nur in kooperativen Denk- und Handlungsstrukturen erarbeitet werden.

Leistungsträger und Leistungserbringer sitzen in einem Boot.

Statt Zuständigkeitsabgrenzung gemeinsames Verantwortungsbewusstsein entwickeln

Literatur



Abschlussbericht der Expertenkommission
„Herausforderndes Verhalten und Gewaltschutz in
Einrichtungen“ Dezember 2021

<https://www.mags.nrw/gewaltschutz-einrichtungen-der-behindertenhilfe>

Bramesfeld u.a. Psychiatr Prax 2022; 49(04)